

Pressemitteilung

Ultimatum an den Berliner Senat

An Bürgermeister Michael Müller sowie
Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel
Staatssekretär Christian Gaebler
Senatsbaudirektorin/Staatssekretärin Regula Lüscher
Staatssekretär für Bauen und Wohnen Engelbert Lütke Daldrup
Strategische Kommunikation Robert Drewnicki
Zur Kenntnisnahme an die Berliner Presse
Pressemitteilung

Hiermit erklärt das Bündnis „Besetzen statt Räumen“:

Wir fordern Sie hiermit unverzüglich und sofort auf, den geplanten Abriss der Beermannstr. 20 und 22 auszusetzen und die über 100 leerstehenden Wohneinheiten zu bezahlbaren Konditionen (befristet) freizugeben. Wir geben dem Senat für eine öffentlichen Absichtserklärung bis zum 14.2. um 18.00 Uhr Zeit. Die Entmietungen sind sofort zu stoppen. Ebenso jede Absicht zur „Vorzeitigen Besitzeinweisung“.

Über den Kern der Forderung wird nicht mehr verhandelt.

Warum?

Es herrscht ein wohnungspolitischer Notstand in der Stadt. Für ein Drittel der Berliner Bevölkerung wird seit mehr als 10 Jahren kein bezahlbarer Wohnraum mehr geschaffen. Auch der geplante Bau von 300.000 Wohnungen ist a) zu wenig b) zu teuer und dadurch c) ohne jeglichen Nutzen für ein Drittel Transverleistungsempfänger*innen Berlins. Stattdessen werden beispielsweise Flüchtlinge in Containerdörfer gesteckt. Stattdessen werden die verbliebenen Mieter*innen der Beermannstr. 20 und 22 gezwungen einer „freiwilligen“ Zwangsräumung zuzustimmen.

Der geplante Bau der A 100 und die Bebauung des 16. Bauabschnittes zum jetzigen Zeitpunkt haben, entgegen der Bekundungen aus dem Tiefbauamt, keine Dringlichkeit. Diese Dringlichkeit wird behauptet und ist nicht überprüfbar. Belastbare Unterlagen werden nicht öffentlich zugänglich gemacht. Die Entmietung der fünf Häuser der Beermannstr 20 und 22 sollen mit dieser behaupteten Dringlichkeit eine juristisch fragwürdige Konstruktion, die „vorzeitige Besitzeinweisung“, belegen. Das Mietrecht soll damit außer Kraft gesetzt werden.

Die Kanzlei „White & Case“, ausführend im Auftrag des Senates, ist mit einer sofortigen Rücknahme des Verfahrens zur „Vorzeitigen Besitzeinweisung“ zu beauftragen.

Wir werden die Vernichtung bezahlbaren Wohnraums nicht hinnehmen!